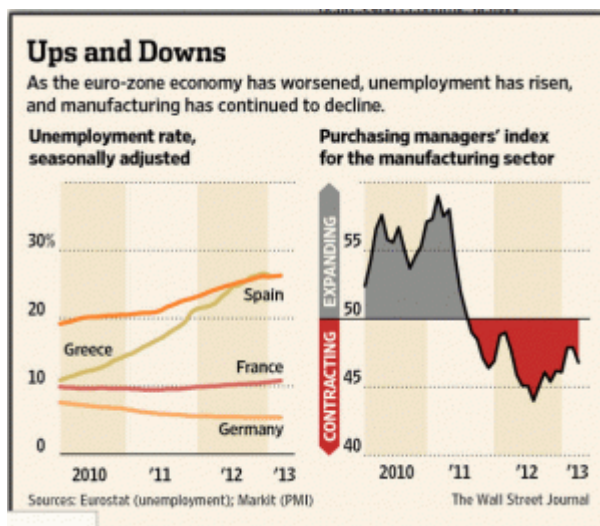


Eurozone: Desolat – desolater

Description

Die Stimmung im europäischen verarbeitenden Gewerbe trübt sich weiter ein. Der endgültige PMI sinkt im März im Monatsvergleich um 1,1 auf 46,8 Punkte. Die Eintrübung fällt zwar um 0,2 Zähler geringer aus als bei den Flash-PMIs geschätzt, aber sie bestätigt die Rezession ohne Zeichen eines Wendepunktes. Der Indikator steht nun auf Jahrestief, er lag zuletzt im Sommer 2011 über der Marke von 50, der Scheidelinie zur Expansion. In Spanien und Italien war die Stimmungsverschlechterung besonders gravierend.

Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone ([siehe auch hier!](#)) befindet sich auf Rekord-Niveau: Über 19 Millionen Menschen sind in der Eurozone als arbeitslos registriert. Heute sind fast 1,8 Millionen mehr Menschen arbeitslos als im Feb 2012. Die Arbeitslosenquote liegt bei 12%, der höchste Wert seit dem Start des Euro. In Spanien kommt sie auf 26,3%, in Griechenland auf 26,4%, in Zypern liegt sie mittlerweile bei 14%.



Das [Wall Street Journal](#) nennt die wirtschaftliche Entwicklung in Europa einen “slump”. Das erhöhe den Druck auf die EZB, in dieser Woche zu reagieren. Die aktuellen PMI-Daten legten nahe, dass die Wirtschaft der Eurozone auch im ersten Quartal 2013 weiter kontrahiert im dann sechsten Quartal in Folge. Die aktuelle Rezession sei anders als die in 2008/09. Jene war mit einer BIP-Kontraktion von mehr als 5% kurz und tief, die aktuelle ist lang anhaltend und schleichend. Abgesehen von Deutschland gibt es nur geringe Anzeichen einer Stabilisierung.

Gestern wurde das „memorandum of understanding“ bezüglich der “Rettung” Zyperns unterzeichnet. Demnach soll das Land ab 2017 einen Primärüberschuss von 4% des BIP erwirtschaften. Für dieses Jahr wird mit einem Primärdefizit von 2,4% gerechnet, das in 2014 auf 4,25% steigen soll, bevor es wieder abnimmt. Reuters schreibt dazu, diese Ziele implizieren eine wirtschaftliche Schrumpfung von 8% in diesem Jahr, in 2014 weitere 3% und ein erneutes Wachstum von je einem Prozent in 2015 und 2016. Die Troika gibt dem Land zwei Jahre mehr Zeit, um die Defizitziele zu erreichen. Zypern erhält einen Kredit in Höhe von 10 Mrd. Euro, der mit 2,5% verzinst wird.

W. Münchau, [Eurointelligence](#), schreibt dazu: “Die Idee einer scharfen, kurzen Rezession in Zypern ist ungesund. Nachdem das Bankensystem des Landes zum großen Teil demontiert wurde und Kapitalverkehrskontrollen in Kraft sind, ist ein Fall des BIP um bis zu 20% weit wahrscheinlicher. Das aber



würde all diese Zahlen wegblasen. Wir glauben, dass die Troika weiß, dass die Projektionen trügerisch sind. Der einzige Zweck ist, eine Zustimmung der Politik zu dem Programm zu bekommen. Das wird revidiert, sobald die Realität einsinkt.“

[Reuters](#) berichtet, Spanien wolle die Defizit-Ziele für 2013 (bisher 4,5%) und 2014 (bisher 3%) neu verhandeln. Sie basieren auf der Annahme, dass das BIP in 2013 um 0,5% kontrahiert. Jetzt wird von minus einem Prozent ausgegangen, internationale Analysten sehen eher minus 1,5%. Spanien strebt 6% Defizitziel für 2013 an und will ein weiteres Jahr Zeit bekommen (bis 2015), um die 3%-Marke zu erreichen. Eurostat sieht das 2012er Defizit bei knapp 7%, mithin wird das nach Nachverhandlungen bereits hoch gesetzte Ziel von 6,3% verfehlt.

Der ehemalige EU-Kommissar Verheugen hat in einem Interview die bisherige EU-Krisenpolitik scharf kritisiert und als phantasielos und kalt bezeichnet. Unter dem Motto „Finanzhilfen gegen Strukturreformen“ werde eine Politik der massiven sozialen Einschnitte betrieben, die ganze Völker verelenden lasse. Er hat zwar recht, aber im Grunde steht ihm die Kritik nicht zu. In seiner aktiven Zeit in Brüssel hat er selbst an den Grundlagen für diese Entwicklung mitgewirkt.

Die Eurozone steuert realwirtschaftlich auf ein Fiasko zu, bei dem ein immer größerer Teil der Bevölkerung verelendet. Das Beispiel Zypern zeigt eindringlich, dass wie 2008 -diesmal noch in kleinem, überschaubaren Rahmen- Banken wiederum unkontrolliert herumzocken durften. Die Daten und Fakten waren alle lange bekannt, keine Bankenaufsicht ist eingeschritten, obwohl Hebel genug zur Verfügung standen (und stehen). Die der "Rettung" des Landes zugrundeliegenden Annahmen sind bewusst geschönt, die "rettung" wird viel teurer. Die Realwirtschaft muss ein weiteres Mal die Konsequenzen ausbaden. "Realwirtschaft" – das ist auch und vor allem der einfache Steuerzahler.